

Antrag 2023/I/4**Landesvorstand des SPD RLP und Jusos RLP****VOR 160 JAHREN, HEUTE, MORGEN: WIR SIND DAS BOLLWERK GEGEN RECHTS**

1 Wir erleben Zeiten multipler Krisen. Die
2 Corona-Pandemie, die Energiekrise, der An-
3 griffskrieg gegen die Ukraine, die hohe In-
4 flation, die Klimakrise als ständiger Beglei-
5 ter und jetzt die Terrorangriffe auf Israel.
6 Es folgt nicht eine Krise auf die Nächste -
7 sondern sie gehen ineinander über. Unsi-
8 cherheit und Unzufriedenheit in der Bevöl-
9 kerung kommen hinzu, und so kommt ei-
10 ne weitere Krise hinzu: Das Erstarken rech-
11 ten Gedankenguts und rechter, antidemo-
12 kratischer Parteien wie der AfD. Rechtsradi-
13 kale und Rechtsextreme, so auch die AfD,
14 nutzen geschickt die Mittel, die ihnen das
15 demokratische System gibt, um die Demo-
16 kratie selbst zu untergraben und auszuhöh-
17 len. Insbesondere durch das Populärma-
18 chen und die Normalisierung rechter Mei-
19 nungen und Ansichten in der Bevölkerung
20 wächst diese Strömung in der Gesellschaft.
21 Rechtsextreme tragen ihre Ideologie in die
22 Mitte der Gesellschaft. Ein Umfragehoch
23 folgt auf das nächste, und auch bei Wah-
24 len fährt die AfD immer größere Erfolge ein,
25 stellt teilweise bereits einen Bürgermeister
26 und einen Landrat. Für unsere Demokratie
27 ist das eine Gefahrensituation – besonders
28 mit Blick auf die Kommunal- und Europa-
29 wahlen 2024 sowie die drei Landtagswah-
30 len in Brandenburg, Sachsen und Thürin-
31 gen. Sie drohen zum Gradmesser unserer
32 Demokratie zu werden.
33 Für uns als Sozialdemokratie ist klar: **Wir**
34 **müssen unsere Demokratie stärken und sie**
35 **vor ihren Feind*innen beschützen.** Denn sie
36 garantiert die Grundrechte und die Freihei-

37 ten der Bürger*innen, sie fördert die poli-
38 tische Beteiligung und die Meinungsviel-
39 falt und sorgt für eine friedliche Konfliktlö-
40 sung und Interessenausgleich. Der Kampf
41 gegen Menschenfeindlichkeit und rechte
42 Kräfte gehört seit jeher zu den Grundwer-
43 ten der Sozialdemokratie. Als SPD stehen
44 wir konsequent gegen alle politischen und
45 gesellschaftlichen Kräfte, die rassistisches
46 und völkisches Denken, gruppenbezoge-
47 ne Menschenfeindlichkeit, Queerfeindlich-
48 keit, autoritäre und elitäre Politikkonzepte
49 sowie Vorstellungen von unwertem Leben
50 verbreiten. Als Sozialdemokrat*innen ste-
51 hen wir für eine wehrhafte Demokratie und
52 einen starken Rechtsstaat, der robust und
53 konsequent gegen Verfassungs- und De-
54 mokratiefeind*innen vorgeht. Die Verant-
55 wortung, unsere Demokratie zu schützen
56 und zu verteidigen, liegt aber nicht aus-
57 schließlich bei staatlichen Institutionen,
58 sondern sie ist eine fortwährende gesamt-
59 gesellschaftliche Aufgabe. Auch zivilgesell-
60 schaftliche Bündnisse und Akteur*innen
61 wie die Gewerkschaften, die Kirchen und
62 Religionsgemeinschaften sowie alle demo-
63 kratischen Parteien müssen diese Verant-
64 wortung annehmen und ihr gerecht wer-
65 den.

66 Als SPD Rheinland-Pfalz stellen wir uns
67 dieser Verantwortung seit jeher und wer-
68 den ihr auch in der heutigen Zeit gerecht.
69 Wir sehen, dass die politische Rechte ge-
70 zielt Verunsicherung und Wut in der Ge-
71 sellschaft schürt und versucht die soziale
72 Notlage vieler Bürger*innen auszunutzen.
73 Als Sozialdemokrat*innen stehen wir dage-
74 gen. Die Antwort auf die materiellen Nö-
75 te der Menschen ist nicht der Rechtsex-
76 tremismus, sondern Solidarität und soziale

77 Gerechtigkeit. Diese beiden Maximen müs-
78 sen sich auch in der von uns zu verant-
79 wortenden Politik wiederfinden. Als Partei
80 möchten wir das Bewusstsein für Solidari-
81 tät und Antifaschismus wieder stärken und
82 zurück in die Mitte unserer Gesellschaft tra-
83 gen. Mit dem vorliegenden Initiativantrag
84 möchten wir den Weg aufzeigen, wie dies
85 gelingen kann.

86

87 **Wie die AfD zu bewerten ist**

88 Die Partei Alternative für Deutschland wird
89 vom Verfassungsschutz als rechtsextremer
90 Verdachtsfall eingestuft, ihre Jugendorga-
91 nisation, die Junge Alternative (JA), gilt als
92 erwiesen rechtsextremistisch. Björn Höcke,
93 einer der einflussreichsten AfD-Politiker
94 bundesweit, darf laut Gerichtsurteilen als
95 Faschist bezeichnet werden. Verbale Ent-
96 gleisungen, um eine Diskursverschiebung
97 zu erreichen, um die Grenzen des Sagba-
98 ren in der gesellschaftlichen Debatte im-
99 mer weiter nach rechts zu verschieben,
100 gehören zur Strategie der Partei und ih-
101 rer Mitglieder und sind somit an der Ta-
102 gesordnung. Erst jüngst im Landtagswahl-
103 kampf in Bayern plakatierte die AfD Pla-
104 kate mit SS-Losungen. Immer wieder wer-
105 den Verbindungen von AfD-Politiker*innen
106 in die gewaltbereite, extreme Rechte und
107 Reichsbürger-Szene aufgedeckt. Auch bei
108 der „Gruppe Reuß“, rund um Heinrich XIII.
109 Prinz Reuß, die geplant hatte, das politi-
110 sche System in Deutschland mit Waffenge-
111 walt zu stürzen, war eine ehemalige AfD-
112 Bundestagsabgeordnete beteiligt.

113

114 **Es besteht kein Zweifel: Die AfD ist eine**
115 **antidemokratische, eine faschistische Par-**
116 **tei.** Es wäre verantwortungslos und fahrläs-

117 sig, noch von „gemäßigten Teilen“ auszuge-
118 hen – wer jetzt noch Mitglied dieser Partei
119 ist oder in ihrem Umfeld für die Partei ak-
120 tiv ist, weiß wofür er*sie sich einsetzt: für
121 eine rechtsextreme Partei, deren Ziele sich
122 jenseits unseres Grundgesetzes bewegen.
123 Dabei agiert die AfD als parlamentarischer
124 Arm des Rechtsextremismus, sie arbeitet
125 in den Parlamenten an der Verächtlichma-
126 chung von Organisationen, Förderprogram-
127 men und Initiativen, die sich unserer Demo-
128 kratie verschreiben. Mit parlamentarischen
129 Anfragen versuchen sie – wie zuletzt im
130 Mai 2023 im rheinland-pfälzischen Landtag
131 – Informationen über Initiativen in Erfah-
132 rung zu bringen, um am Ende demokrati-
133 sche Akteur*innen einschüchtern zu kön-
134 nen. Solche Methoden sind nicht demokra-
135 tisch, sondern faschistisch.

136

137 **Wie wir dem Rechtsruck als Sozialdemo-**
138 **kratie begegnen** Als Sozialdemokratie ge-
139 hört der Einsatz für Freiheit, Gleichheit,
140 Gerechtigkeit und Demokratie seit unserer
141 Gründung zu unseren Grundsätzen - an die-
142 sen ist auch in Zeiten der Krise nicht zu
143 rütteln! Wir haben uns seit Bestehen ge-
144 gen den Faschismus und rechte Kräfte ge-
145 stemmt. Jetzt ist es wichtig, dass wir un-
146 sere Historie im Kampf gegen Rechts und
147 antidemokratische Kräfte nicht nur rückbli-
148 ckend betrachten, sondern dass wir diese
149 Grundsätze in die heutige Zeit übersetzen
150 und in die Praxis übertragen.

151

- 152 • Die SPD Rheinland-Pfalz setzt beim
- 153 Kampf gegen und der Prävention von
- 154 Rechtsextremismus und Rechtsradi-
- 155 kalismus auf breite gesellschaftliche
- 156 Bündnisse mit anderen demokra-

157 tischen Parteien, mit den Gewerk-
158 schaften und Arbeitgeberverbänden,
159 den Kirchen und Religionsgemein-
160 schaften, den Wohlfahrtsverbänden
161 und den unzähligen Aktiven der
162 Zivilgesellschaft. Akteur*innen wie
163 beispielsweise das Bündnis „De-
164 mokratie gewinnt!“, das Netzwerk
165 Demokratie und Courage, der Lan-
166 desjugendring, der Dachverband
167 der kommunalen Jugendvertretun-
168 gen in Rheinland-Pfalz e.V. und die
169 Landeschüler*innenvertretung, in
170 Rheinland-Pfalz, aktive Stiftungen
171 oder Vereine wie beispielsweise
172 Rheinhessen gegen Rechts e.V., Omas
173 gegen Rechts, Bündnis Remagen für
174 Frieden und Demokratie und viele
175 mehr sind zentrale Bündnispart-
176 ner*innen für uns. **Wir beteiligen**
177 **uns aktiv in den Bündnissen vor**
178 **Ort und nehmen an Kundgebungen**
179 **teil oder organisieren sie selbst.**
180 Unsere deutliche Botschaft ist klar:
181 In Rheinland-Pfalz gibt es keinen
182 Platz für Rechtsextremismus! Wir
183 stellen uns dem entschieden entge-
184 gen. In den Parlamenten, online und
185 auf der Straße. Unser Engagement
186 muss nicht nur sichtbar, sondern
187 unübersehbar sein.

- 188 • Demokratiebildung und Aufklärung
189 über die Gefahr von ganz Rechts
190 sind essenziell im fortwährenden
191 Einsatz für unsere Demokratie. **Als**
192 **SPD Rheinland-Pfalz möchten wir**
193 **daher regelmäßig entsprechende**
194 **Bildungsangebote rund um das**
195 **Thema über unsere Parteschule**
196 **bereitstellen.** Diese Angebote sol-

197 len von Argumentationstrainings
198 bis hin zu Info-Veranstaltungen zu
199 rechten Codes & Symbolen oder
200 Neonazis und rechten Gruppierun-
201 gen in Rheinland-Pfalz reichen. Auch
202 partei-externe Bildungsangebote
203 aus dem Themengebiet möchten wir
204 entsprechend bewerben.

205 • Diese Bildungsarbeit darf an den
206 Grenzen unserer Partei jedoch kei-
207 nen Halt machen. Es gibt unzählige
208 Initiativen und Programme, Vereine
209 und Förderprojekte, die sich Demo-
210 kratiebildung und die Stärkung un-
211 serer Demokratie zur Aufgabe ge-
212 macht haben. **Ihnen in Zeiten ei-**
213 **nes massiven Rechtsrucks die Mit-**
214 **tel zu kürzen, lehnen wir ab – so-**
215 **wohl im Bund als auch im Land. Ge-**
216 **rade in diesen Zeiten ist es wich-**
217 **tig, diese Mittel zu steigern und**
218 **zu verstetigen.** Im Angesicht zuneh-
219 mender menschenfeindlicher, rechts-
220 extremistischer, antisemitischer und
221 diskriminierender Entwicklungen in
222 unserer Gesellschaft muss die poli-
223 tische Bildung und die Demokratie-
224 bildung dauerhaft gestärkt und darf
225 nicht klein gespart werden. Darum
226 setzen wir uns als SPD Rheinland-
227 Pfalz dafür ein, Maßnahmen, die der
228 demokratischen Gesellschaft zugute-
229 kommen, dauerhaft und verlässlich
230 zu finanzieren.

231 • Dem Ruck unserer Gesellschaft nach
232 Rechts müssen wir nicht nur mit der
233 Stärkung der politischen und demo-
234 kratischen Bildung und in Präsenz
235 bei Kundgebungen begegnen, son-
236 dern als Sozialdemokratie ist es un-

237 sere historische Verantwortung uns
238 gegen eine Ausbreitung rechter Er-
239 zählungen zu stemmen. **Es ist an**
240 **uns, einen gesellschaftlichen Diskurs-**
241 **wechsel anzustoßen.** Fake News, Lü-
242 gen und Versuche von Diskursver-
243 schiebungen lassen wir nicht unkom-
244 mentiert, und vor allem dürfen wir
245 die Narrative der rechtsextremen und
246 populistischen Kräfte nicht überneh-
247 men oder reproduzieren. Vor allem
248 die aktuelle Debatte um Migration
249 und Asyl ist nicht nur stark emotio-
250 nal aufgeheizt, sondern sie wird von
251 menschenfeindlichen, rechten Narra-
252 tiven und Scheinlösungen dominiert
253 – die AfD und in Teilen auch CDU und
254 CSU gießen hier bewusst Öl ins Feu-
255 er. Wer davon spricht, dass Geflüch-
256 tete hierzulande “den Deutschen” die
257 Zahnarzt-Termine wegnehmen wür-
258 den, der verbreitet nicht nur Lügen,
259 sondern schürt damit auch Hass und
260 Hetze. Auch die synonyme Verwend-
261 ung der Begriffe “Migrant*innen”
262 und “Geflüchtete” ist eine geziel-
263 te Taktik des politisch rechten Spek-
264 trums. Diese Begriffe stehen nicht
265 für dasselbe, auch das Völkerrecht
266 trennt klar zwischen ihnen. Flucht
267 impliziert eine Schutzbedürftigkeit,
268 Migration impliziert eine Freiwillig-
269 keit. Durch die Verwendung dieser
270 Begriffe als Synonyme soll betroffe-
271 nen geflüchteten Menschen impli-
272 zit die Schutzbedürftigkeit abgespro-
273 chen und so die Akzeptanz in der Be-
274 völkerung reduziert werden. Auf die-
275 sen Zug mit aufzuspringen, nützt am
276 Ende niemandem, außer den rech-

277 ten Kräften selbst. Damit werden
278 der demokratische Diskurs und un-
279 sere Demokratie als solche gefähr-
280 det. Wir Sozialdemokrat*innen müs-
281 sen solchen Versuchen des rechten
282 Spektrums die Grenze aufzeigen und
283 bei Lügen, Fake-News und Co. immer
284 deutlich widersprechen. In der Knei-
285 pe, im Sportverein, auf Social-Media
286 oder beim Familienfest.

- 287 • Als regierungstragende Partei und
288 Organisation, die auch kommunal-
289 politisch vielfältig aktiv und vertre-
290 ten ist und Verantwortung trägt, be-
291 gegnen uns die Positionen und Ak-
292 teur*innen des rechten Spektrums
293 auch in den Landes- und Kommu-
294 nalparlamenten. Auch hier werden
295 wir unserer Verantwortung gerecht
296 und stehen für unsere Grundwerte
297 und unsere Demokratie ein. **Dabei gilt**
298 **für uns: Jede Zusammenarbeit mit**
299 **rechtsextremen oder rechtspopulis-**
300 **tischen Parteien ist für uns ausge-**
301 **schlossen!**
- 302 • Das betrifft die inhaltliche oder sach-
303 liche Unterstützung von Anträgen,
304 die von Gruppierungen, Fraktionen
305 oder Einzelpersonen dieser Parteien
306 eingebracht werden.
- 307 • Das gilt für Koalitionen, Zähl- oder
308 Fraktionsgemeinschaften auf allen
309 politischen Ebenen und in allen
310 politischen Gremien.
- 311 • Das betrifft auch unsere eigenen
312 Mehrheiten – diese machen wir
313 nie von den Stimmen von rechtsex-
314 tremen oder rechtspopulistischen
315 Parteien abhängig.
- 316 • Das betrifft die Wahl von Amts-,

317 Mandats- und Funktionsträger*innen
318 sowie allen anderen Wahlämtern -
319 auch wenn diese qua Zahlverfahren
320 oder Proporz von Vertreter*innen die-
321 ser Parteien zu besetzen sind.

- 322 • Das umfasst die Bestellung von
323 Vertreter*innen dieser Parteien
324 in Gremien von Stiftungen, Auf-
325 sichtsräten, Trägerversammlungen,
326 Vorständen und ähnlichen Funk-
327 tionen, wenn diese aus politischen
328 Gremien besetzt werden, in An-
329 stalten und Körperschaften des
330 öffentlichen Rechts, sämtlichen
331 Betrieben der öffentlichen Hand, in
332 Sport, Kultur, Erziehung und allen
333 anderen Bereichen.

334

335 **Langfristige Arbeit innerhalb der Partei**

336 Der Kampf für unsere Demokratie und ge-
337 gen rechte und populistische Kräfte ist ein
338 kontinuierlicher, der nicht nach den nächs-
339 ten Wahlen aufhört. Er erfordert langfristi-
340 ges und stetiges Engagement. Als Sozialde-
341 mokrat*innen sind wir uns dessen bewusst,
342 und werden uns auch zukünftig für unsere
343 Demokratie und unsere Grundwerte stark
344 machen. Innerhalb der SPD Rheinland-Pfalz
345 gibt es vielfältige Initiativen und Aktionen
346 gegen Rechtsextremismus. Um die Arbeit
347 und unser Engagement im Kampf gegen
348 Rechts auch parteilich zu flankieren, soll in
349 der SPD Rheinland-Pfalz **eine entsprechen-**
350 **de Arbeitsgruppe gegründet** werden. Die-
351 se Arbeitsgruppe soll perspektivisch, gera-
352 de mit Blick auf die Kommunalwahlen 2024
353 aber auch darüber hinaus, konkrete Leitlini-
354 en und Antworten auf die gängigsten Fra-
355 gen zum Umgang mit der AfD erarbeiten.

356

357 Dafür soll ein enger Austausch mit Ex-
358 pert*innen wie dem NDC, der mobilen
359 Beratung gegen Rechtsextremismus oder
360 Wissenschaftler*innen, die zum Thema for-
361 schen, stattfinden. Ebenfalls soll die Ver-
362 netzung mit zivilgesellschaftlichen Bünd-
363 nissen und Akteur*innen intensiviert wer-
364 den und ein enger Austausch stattfinden,
365 um deren Erfahrungen und Perspektiven
366 mit in die Arbeitsgruppe einfließen zu las-
367 sen.

368

369 Die anstehenden Landtagswahlen 2024 in
370 Sachsen, Brandenburg und Thüringen lösen
371 bundesweit Sorgen aus. Die AfD hat gu-
372 te Chancen, eine Regierungsbildung demo-
373 kratischer Parteien dort blockieren zu kön-
374 nen, oder Schlimmeres. Auch wir als SPD
375 Rheinland-Pfalz teilen diese Sorge, und ste-
376 hen hier vor allem solidarisch an der Seite
377 unserer Genoss*innen aus den jeweiligen
378 Landesverbänden.

379

380 In der zu bildenden Arbeitsgruppe soll da-
381 her eine Vernetzung Ost eingerichtet wer-
382 den. Diese soll sich mit demokratieför-
383 dernden Initiativen aus den o.g. Bundes-
384 ländern austauschen, um deren Erfahrun-
385 gen aus ihrer direkten Arbeit vor Ort ken-
386 nenzulernen. Welche Projekte und Model-
387 le waren erfolgreich, welche eher weniger?
388 Welche Ansätze lohnt es, weiter zu verfol-
389 gen? Ebenfalls zentral in der Vernetzung
390 Ost steht der Austausch mit unseren Ge-
391 noss*innen aus den jeweiligen Landesver-
392 bänden, und unsere Unterstützung in ih-
393 rem Kampf gegen die aufstrebende AfD.

394

395 Mit dem vorliegenden Antrag und den auf-
396 geführten Handlungsimpulsen und Forde-

397 rungen zeigen wir: Als Sozialdemokratie
398 und als rheinland-pfälzische SPD sind wir
399 uns unserer Verantwortung für unsere De-
400 mokratie und das “Nie wieder!” nicht nur
401 bewusst, sondern wir nehmen sie wahr. Wir
402 bringen unsere Werte von Solidarität, Frei-
403 heit und Gerechtigkeit damit in die Praxis.
404 Wir sind gemeinsam, vor 160 Jahren wie
405 heute, das Bollwerk gegen Rechts.